



**mouvement
écologique**

Wou sti mäer haut? Eng ernüchternd Analys aus Nohaltegkeetssicht vun engem Joer CSV-DP Regierung

Die Analyse des Mecoskop zeigt auf, dass von den 77 angeführten Regierungsversprechen 55 gemäß dem Mouvement Ecologique vorliegenden Informationen noch nicht angegangen wurden; 22 sich in der ersten Phase der Umsetzung befinden.

Ein Jahr nach Inkrafttreten der neuen Regierung mag dies teilweise verständlich sein. Im ersten Jahr einer neuen Regierung lässt sich noch nicht alles sofort angehen und einige Initiativen werden dem Mouvement Ecologique wohl nicht bekannt sein. Aber wenn vielleicht eine Maßnahme positiver zu bewerten wäre, als dies im Mecoskop erfolgte, ändert dies nichts an der grundsätzlichen Analyse.

Besounesch wichteg an zukunftsorientéiert Froen am Beräich vun der nohalteger Entwécklung gi bis elo ausgeklammert

Wir befinden uns in einer Klima- und Biodiversitätskrise. Jedes nicht genutzte Jahr um aktiv zu werden, ist fahrlässig. Alle Wissenschaftler:innen führen immer wieder an, dass dringendes und umgehendes Handeln geboten ist, wenn die Klimaerhitzung unter 2 Grad gehalten sowie der dramatische Verlust unserer Lebensräume durch die Biodiversitätskrise eingedämmt werden sollen.

Und jedes Jahr, in dem nicht ausreichend gehandelt wird, verschlimmert sich die Situation für die kommenden Generationen erheblich und wird schlussendlich dazu führen, dass ab einem gewissen Zeitpunkt immer tiefgreifendere Reformen notwendig sein werden, wenn das gute Überleben der Menschen weltweit gelingen soll.

Das Angehen der Klima- und Biodiversitätskrise müsste deshalb eine der obersten Prioritäten der Regierungsarbeit sein, was – so wie es auch der Mecoskop wiedergibt – noch nicht der Fall ist.

Die Bilanz des ersten Jahres der Regierungsarbeit ist ernüchternd. Sie wird in keiner Form den Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung gerecht.

Die Gründe sind sicherlich mehrschichtig: Das Aufgreifen dieser Zukunftsthemen würde z.B. auch gewisse Reformen innerhalb der Ministerien usw. nach sich ziehen (Ist z.B. im Finanzministerium zumindest eine Person für das Green budgeting zuständig? Erfolgte generell eine Analyse, inwiefern diverse Politikbereiche personell und finanziell auf-

gestockt werden müssen, damit die Zukunftsherausforderungen aufgegriffen werden können?).

Aber neben diesen so wichtigen Voraussetzungen für das Gelingen einer sozial-ökologischen Transition ist es schlussendlich eine Frage des politischen Willens, und dieser scheint bis dato nicht in der gebotenen Form gegeben zu sein.

Das Bild herrscht vor, dass die Regierung zwar aktiv wird, wenn es administrative Prozeduren zu vereinfachen gilt (z.B. Bestimmungen zum Ausbau der Solarenergie neu zu regeln), aber bis dato daran scheitert, ein Umdenken im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen, die zentralen Weichen zur sozial-ökologischen Transition zu setzen, strukturelle Reformen in die Wege zu leiten oder aber in die Politik sektorieller Ministerien einzugreifen. Dann scheinen Belange der nachhaltigen Entwicklung in den Hintergrund zu rücken und ggf. hinter anderen Politikfeldern, vermeintlichen kurzfristigen Zwängen zurückstehen zu müssen.

Die Umweltpolitik, die „Menschen mitnehmen“ und „pragmatisch“ sein sollte, läuft Gefahr sich – bis dato – vor allem als Politik zu outen, welche die Herausforderungen der Zeit nicht wirklich aufgreift. Wobei, wenn die Politik denn von „pragmatischem Handeln“ spricht: dieser Begriff bedeutet gemäß Duden „lösungsorientiert“ oder aber gemäß anderen Referenzen „zielorientiert“ und nicht nur, wie es die Interpretation in Luxemburg zu sein scheint „das einfach Machbare“.

Et geschitt schon eppes

Sicherlich, es tut sich etwas. Auch wenn noch keine Resultate bekannt sind, so wird z.B. am Energietisch über die Vereinfachung von Prozeduren zur Förderung der erneuerbaren Energien gearbeitet, eine Klimaadaptationsstrategie ist in Ausarbeitung, das Restopolis-Projekt zu Restauration von Kantinen im schulischen Bereich wird fortgeführt, das Energiegesetz soll reformiert werden, immerhin wurde ein Landwirtschaftlich einberufen (wobei nicht alle Akteure einbezogen waren) u.a.m..

Positive Tatsache ist ebenfalls, dass das Prinzip der „Klimabank“ optimiert, die Vorfinanzierung von gewissen Maßnahmen zum Klimaschutz vorangetrieben wird.

Zudem wird weiterhin an der Förderung des öffentlichen Transportes gearbeitet u.a.m..

Um nur diese Beispiele zu nennen.

... ma déi eigentlech Zukunftsfroe gi (nach) net opgeworf

Demnach: es wurden durchaus begrüßenswerte Initiativen ergriffen. Warum aber ist in Umweltkreisen die Einstellung gegenüber der heutigen Regierung in vielem doch sehr kritisch?

Nun: diese positiven Aspekte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die so wirklich grundsätzlichen Diskussionen und Reformen – wie bereits angeführt – nicht angegangen werden.

Stellvertretend für wichtige Diskussionen und Dossiers, die seitens der Regierung aufgegriffen werden müssten, seien folgende angeführt:

- **Luxemburg setzt weiterhin ohne Differenzierung auf Wachstum**, dies ohlwissend, dass das kontinuierliche Wachstum im Widerspruch zu Nachhaltigkeitszielen steht. Unabdingbar wäre seit langem eine Differenzierung: Welches Wachstum ist wünschenswert, da wohlfahrtssteigernd und zum guten Leben der Gesellschaft beitragend, welches kontraproduktiv, da zu ressourcen- und energieintensiv? Welche Ökonomie von morgen ist anstrebenwert? Wie kann die Finanzierung des Staatshaushaltes unabhängiger von der pauschalen Steigerung des Bruttoinlandproduktes gewährleistet werden? Welche ökologischen Leitplanken überschreitet Luxemburg und wie können eine Gesellschaft und Wirtschaft von morgen aussehen, welche diesen Leitplanken berücksichtigen? Welcher Reformbedarf ergibt sich aus diesen Überlegungen?

- **Wie können vor allem auch soziale und ökologische Nachhaltigkeitziele miteinander verknüpft werden?** So positiv die Reform der Klimabank ist oder die Tatsache, dass bestimmte Subventionen für finanzschwächere Haushalte weniger gekürzt werden als andere (wie z.B. im Bereich der E-Mobilität). Diese Maßnahmen stellen bei weitem noch keinen Grundpfeiler für eine sozial-ökologische Transition dar, die viel tiefgreifendere Reformen bedingen würde. Wie können z.B. Arbeitnehmer:innen, die aufgrund der Herausforderungen im Nachhaltigkeitsbereich in prekären Arbeitsplätzen arbeiten, requalifiziert werden? Welche gezielten Maßnahmen müssen getroffen werden, um finanzschwache Haushalte in der Transition zu begleiten (finanziell aber auch darüber hinaus)? Wie kann z.B. auch die Ener-

gietransition verstärkt im Mietbereich aufgenommen werden? Fragen über Fragen, auf die diese Regierung derzeit nicht eingeht und scheinbar bis dato auch keinen offenen Reflexionsprozess in die Wege geleitet hat.

- **Angeführt seien aber auch einige spezifischere Dossiers, die stellvertretend den fehlenden Kurs der Regierung in Richtung nachhaltige Entwicklung demonstrieren:**

* Noch immer findet keine Durchsicht des Staatshaushaltes auf kontraproduktive Subventionen aus ökologischer Sicht statt. Also auf jene staatlichen Ausgaben, die de facto die Klima- und Biodiversitätskrise regelrecht befeuern. Auch die Thematik des „Green budgeting“ wird nicht reell aufgegriffen;

* Die Umsetzung so wichtiger Instrumente wie jene des nationalen Naturschutzplanes (PNPN3) sowie des nationalen Klimaplanes, scheinen eher schleppend voranzugehen, dies trifft ebenfalls auf die Umsetzung des Wasserwirtschaftsplanes zu;

* Auf internationaler Ebene spricht sich der Luxemburger Finanzminister gegen die Einführung einer Besteuerung der Reichsten der Welt aus. „Tax the Rich“: kein Thema für die Luxemburger Regierung ...

* Im Mercosur-Dossier, dem Freihandelsabkommen zwischen den südamerikanischen Staaten und Europa, nimmt Luxemburg derzeit eine irritierende Haltung ein. Von einem gewissen „Nein“ des Außenministers zu einem „Ja vielleicht“ des Staatsministers, der zudem unterschwellig anführt, die Standards im landwirtschaftlichen Bereich seien zu hoch in unseren Ländern gegenüber jenen der Mercosur-Staaten. Aus der Aussage wie sie erfolgte könnte man auch Folgendes schließen: Nicht diese Staaten müssten ihre Standards aus Gründen der Gesundheitsvorsorge bzw. der Nachhaltigkeit im Sinne der EU zu optimieren, sondern Europa solle seine an die Mercosur-Staaten anpassen.

Man gewinnt den Eindruck, als ob diese Regierung die Klima- und Biodiversitätskrise nebenher „mitverwalten würde“ und eher dann aktiv wird, wenn sich diese Instrumente mit anderen politischen Zielen gut vereinbaren lassen.

Acquis'en am Ëmweltberäich ginn a Fro gestallt

Und fast schlimmer noch: unter dem vermeintlichen Pragmatismus, scheint die nachhaltige Entwicklung immer dann der Verlierer zu sein, wenn es vermeintlich andere – in den Augen der Regierung - prioritärere Ziele zu verfolgen gilt. Erneut stellvertretend für andere seien nur folgende drei besonders markante Beispiele angeführt:

- Die Tatsache, dass die Herabstufung des Schutzes des Wolfes auf EU-Ebene von Luxemburg mitgetragen wurde, obwohl unser Land sich jahrelang dagegen gewehrt hat und obwohl es keine wissenschaftlichen Argumente für diesen „volte face“ gibt, ist nicht nachvollziehbar;

- Dass im Dossier „Méi a méi seier bauen“ ohne jedwede fachlich fundierten Analysen essenzielle Belange des Naturschutzes infrage gestellt werden (aller Voraussicht nach auch unter Missachtung von EU-Vorgaben), ist schlichtweg in Zeiten der Biodiversitätskrise nicht hinnehmbar;

- Die Haltung der Luxemburger Regierung in Sachen Atomkraft ist zudem höchst problematisch, auch hier erfolgte eine gewisse Kehrtwende.

... de fachleche Fundament vun Entscheidungge feelt ze dacks

Parallel werden Entscheidungen z.T. ohne ausreichend fachlich fundierte Argumente und Analyse getroffen. Wurde mit klassischen statistisch-ökonomischen Berechnungsmodellen analysiert, ob die doch recht erhebliche Reduktion der Bezuschussung der E-Wagen keinen Einbruch des Kaufs von E-Wagen nach sich ziehen wird und die Ziele des Nationalen Klima- und Energieplanes noch zu erreichen sind? Die im Klimagesetz vorgesehene Plattform „climat und énergie“, bestehend aus Akteuren von Patronat, Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, Gemeinden usw. wurde bis dato in keinster Weise konsultiert, die erste Sitzung im Laufe dieser Legislaturperiode fand erst im Dezember 2024 statt (dies mitten in der Klimakrise!).

Sind die Vorgaben des Paktes „Méi a méi seier bauen“ konform zu den Zielen der Luxemburger Naturschutzpolitik? Diese Fragestellung wurde nicht transparent diskutiert, nicht einmal das staatlich einge-

setzte wissenschaftliche Gremium „Observatoire de l’Environnement naturel“ wurde in diesem Fall zurate gezogen (ebenso wenig wie im Dossier der Reduktion des Schutzes des Wolfes).

D.h. die Regierung belegt ihre Entscheidungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung kaum mit fachlichen fundierten Analysen. Dabei ist gewusst, dass ein wissenschaftliches Fundament die Basis dafür ist, dass die getroffenen Entscheidungen auch zielführend sind. Darüber hinaus zeigen alle psychologischen Analysen, dass sie auch essenziell sind, um die von der Regierung viel beschworene Akzeptanz der Bevölkerung zu erhalten.

Zudem werden aber beratende Gremien kaum, und wenn dann z.T. de facto auch teilweise pro forma, reell in die Entscheidungsprozesse eingebunden.

Net-Regierungsorganisationen – a Sonnesriede gäre gesinn, am konkreten awer?

Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang aber auch der Blick, den die Regierung oder zumindest bestimmte Ministerien scheinbar auf die Rolle der Zivilgesellschaft richten. Mehrfach fielen seitens des Staatsministers, aber auch anderer Regierungsvertreter, Anmerkungen, die von einem fragwürdigen Rollenverständnis der Zivilgesellschaft zeugen. Nach dem Motto: Nicht-Regierungsorganisationen, vor allem wenn sie eine finanzielle Unterstützung eines Ministeriums erhalten, sollen primär Dienstleistungen erbringen, sich aber kaum gesellschaftspolitisch einbringen.

Nicht-Regierungsorganisationen sind jedoch das wichtige „Pendant zu institutionalisierten Strukturen“ in einer lebendigen Gesellschaft und Demokratie.

32 Organisationen, darunter auch der Mouvement Ecologique, legten dies im September in einer gemeinsamen Stellungnahme „Zivilgesellschaftliche Organisationen: ein kritisch – konstruktive Gegenmacht in einer lebendigen Demokratie“ folgendermaßen dar:

„Wir, Organisationen der Zivilgesellschaft (im Folgenden NGOs genannt) - Umweltorganisationen, Organisationen der internationalen Solidarität und Akteure, die sich für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen - äußern unsere tiefe Besorgnis über den Kurs, den die Regierung gegenüber NGOs im Allgemeinen und im Hinblick auf die Situation der Caritas-Stiftung im Besonderen eingeschlagen hat. (...) Die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, wie die ökologische Krise, die Migrationskrise und die Armutsbekämpfung sind gewaltig. Unsere Gesellschaft wird nur dann in der Lage sein, diese Herausforderungen zu bewältigen, wenn eine breite öffentliche Debatte stattfindet, die sicher stellt, dass die Perspektiven aller Akteure berücksichtigt werden. Die Vielfalt der Ansichten und Argumente ist eine Grundvoraussetzung für eine Politik, die den Herausforderungen gewachsen ist und den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung gerecht wird. Indem die Regierung die Rolle der NGOs auf bloße „Dienstleister“ reduziert, schwächt sie eher die Zivilgesellschaft als Eckpfeiler der Demokratie, als dass sie sie stärkt, und das in einem Kontext, in dem die Demokratie von bestimmten Seiten attackiert wird.

Die Rolle der Zivilgesellschaft als Trägerin einer politischen Debatte über die Entwicklung der Gesellschaft scheint als störend angesehen zu werden, während die NGOs die Hefe im Teig einer lebendigen Demokratie und Gesellschaft sind.

Ohne die freiwillige und professionelle Arbeit von Hunderten, ja sogar Tausenden von Menschen in NGOs wäre unsere Gesellschaft um einiges ärmer, sowohl was die Beteiligung der Zivilgesellschaft als auch die Umsetzung einer Vielzahl von Aktivitäten und Dienstleistungen betrifft. (...)

Die Rolle der NGOs als Gegenmacht ist ein wichtiger Bestandteil einer Demokratie, und wir sind besorgt, dass diese Rolle verloren gehen könnte. Diese ideologische Voreingenommenheit spiegelt sich in zahlreichen anderen Dossiers wieder, mit denen die unterzeichnenden NGOs regelmäßig konfrontiert sind, sei es auf der Ebene eines kaum vorhandenen oder sogar unterentwickelten Dialogs oder bei der Infragestellung der Finanzierungsmethoden von NGOs. Partner als treibende Kraft in der öffentlichen Debatte Unsere Organisationen stellen einen zunehmenden Mangel an Zuhören und Dialog seitens der Regierung fest, die immer mehr dazu neigt, die Akteure der Zivilgesellschaft, ihre kritische Stimme und ihre Erfahrungen auf bloße Dienstleister zu reduzieren.“

(...)

Wir fordern alle Beteiligten auf, ihre Prioritäten neu zu bewerten und wieder einen konstruktiven Dialog mit den Akteuren der Zivilgesellschaft aufzunehmen (z. B. Assisen der Zivilgesellschaft, öffentliche Debatte mit der Abgeordnetenkammer und der Regierung). Es ist zwingend erforderlich, dass wir zusammenarbeiten, um die Grundwerte Gerechtigkeit, Sobrietät, Solidarität und soziale Inklusion zu gewährleisten. Wir müssen diese Grundsätze heute mehr denn je verteidigen, um eine gerechte und faire Zukunft für alle zu gewährleisten.“

De Ministère fir Ëmwelt, Klima a Biodiversitéit – keng staark Stëmm mat enger ënnergeuerdenter Roll an der Regierung

Als Ressortministerium kommt verständlicherweise dem Ministerium für Umwelt, Klima und Biodiversität eine besonders zentrale Rolle aus Nachhaltigkeitssicht zu.

Man wird jedoch den Eindruck nicht los, als ob das Ministerium in der Gesamtregierung eine doch sehr untergeordnete Rolle einnimmt. Derzeit kennzeichnet es sich eher dadurch aus, dass es zulässt, dass Errungenschaften der letzten Legislaturperiode infrage gestellt werden, als dass es eine konsequente, akzeptierte, entschiedene und fachlich fundierte Stimme in gesellschaftlichen Dossiers im Sinne der nachhaltigen Entwicklung darstellen würde. Auch lassen wirkliche Akzente des Ministeriums auf sich warten.

Es ist absolut geboten, dass ein Ruck durch die Regierung geht und der Stellenwert der Biodiversitäts- und Klimakrise substanziell erhöht wird und die absolut erforderliche sozial-ökologische Transition endlich angegangen wird! Ansonsten wird Luxemburg zudem seine auch auf

EU-Ebene gesteckten Ziele flagrant verfehlen.

Somit wird die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen nicht nur voranschreiten, sondern zusätzlich auch noch die sozial-ökologische Transition weiterhin hinausgeschoben. Dies zum Nachteil aller, auch der Ökonomie.

Nicht zuletzt ist es die Verantwortung der Regierung positiv aufzuzeigen, welcher Mehrwert für die heutigen aber auch die künftigen Generationen durch ein konsequentes Handeln entstehen würde!

Mouvement Ecologique

19.12.2024



MECOSKOP

Monitoring der Umsetzung des Regierungsprogrammes



**mouvement
écologique**



HOME

HOME

ZIELE DES MECOSKOP

ANGEWANDTE KRITERIEN

BEWERTUNG
REGIERUNGSVERSPRECHEN

- INTERNATIONALES / EU
- NACHHALTIGE ENTWICKLUNG - WIRTSCHAFT
- DEMOKRATIE
- KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK
- LANDESPLANUNG / SIEDLUNGSENTWICKLUNG
- WOHNEN UND BAUEN
- MOBILITÄT
- NATURSCHUTZ / BIODIVERSITÄT
- WASSERWIRTSCHAFT
- LANDWIRTSCHAFT
- UMWELTPOLITIK

ANREGUNGEN DES MOUVEMENT
ÉCOLOGIQUE FÜR DIE
LEGISLATURPERIODE 2023-2028



Liebe Besucherin, lieber Besucher,

Wir freuen uns, dass Sie sich für das «Mecoskop» des Mouvement Ecologique interessieren.

Im Mecoskop werden 77 zentrale Versprechen im Bereich nachhaltige Entwicklung aus dem Regierungsabkommen aufgegriffen und ihr Stand sowie die Qualität der Umsetzung aus Sicht des Mouvement Ecologique bewertet.

Mouvement Ecologique asbl
6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg

Tel: 439030-1
meco@oeko.lu
meco.lu - www.mecoskop.lu